

Freie Presse für Ingolstadt u. den Donaugau Organ für das werktätige Volk

Bd.: 1922,1/6 = Jg. 2

Ingolstadt

2 Eph.pol. 62 o-1922,1/6

urn:nbn:de:bvb:12-bsb00032479-9

Copyright

Das Copyright für alle Webdokumente, insbesondere für Bilder, liegt bei der Bayerischen Staatsbibliothek. Eine Folgeverwertung von Webdokumenten ist nur mit Zustimmung der Bayerischen Staatsbibliothek bzw. des Autors möglich. Externe Links auf die Angebote sind ausdrücklich erwünscht. Eine unautorisierte Übernahme ganzer Seiten oder ganzer Beiträge oder Beitragsteile ist dagegen nicht zulässig. Für nicht-kommerzielle Ausbildungszwecke können einzelne Materialien kopiert werden, solange eindeutig die Urheberschaft der Autoren bzw. der Bayerischen Staatsbibliothek kenntlich gemacht wird.

Eine Verwertung von urheberrechtlich geschützten Beiträgen und Abbildungen der auf den Servern der Bayerischen Staatsbibliothek befindlichen Daten, insbesondere durch Vervielfältigung oder Verbreitung, ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung der Bayerischen Staatsbibliothek unzulässig und strafbar, soweit sich aus dem Urheberrechtsgesetz nichts anderes ergibt. Insbesondere ist eine Einspeicherung oder Verarbeitung in Daten systemen ohne Zustimmung der Bayerischen Staatsbibliothek unzulässig.

The Bayerische Staatsbibliothek (BSB) owns the copyright for all web documents, in particular for all images. Any further use of the web documents is subject to the approval of the Bayerische Staatsbibliothek and/or the author. External links to the offer of the BSB are expressly welcome. However, it is illegal to copy whole pages or complete articles or parts of articles without prior authorisation. Some individual materials may be copied for non-commercial educational purposes, provided that the authorship of the author(s) or of the Bayerische Staatsbibliothek is indicated unambiguously.

Unless provided otherwise by the copyright law, it is illegal and may be prosecuted as a punishable offence to use copyrighted articles and representations of the data stored on the servers of the Bayerische Staatsbibliothek, in particular by copying or disseminating them, without the prior written approval of the Bayerische Staatsbibliothek. It is in particular illegal to store or process any data in data systems without the approval of the Bayerische Staatsbibliothek.

Freie Presse

für Ingolstadt-
u. den Donaugau.

Organ für
das wecktätige Volk

2. Jahrgang

Montag, 10. April 1922

Nr. 84

Die „freie Presse“ erscheint jeden Wochentag. Bezugspreis: monatlich 10 Mk. frei ins Haus, durch die Post 11 Mk. Anzeigen kostet die 1 spaltige Petitzeile 1 Mark, auswärts 1.50 Mk.; im Reklameteil 3 Mark.

Verantwortlicher Schriftleiter: Georg Bleier, Ingolstadt. — für den Inseratenteil verantwortlich: Christian Frank, Ingolstadt. — Druck und Verlag: Buchdruckerei Christian Frank, Ingolstadt, Tränkstorstraße 8. Fernruf Nr. 633.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Das Elend der gegenwärtigen Weltwirtschaft wie jeder nationalen Wirtschaft ist darin begründet, daß sie, die ihre eigenen unabänderlichen Gesetze und festliegenden Bedingungen hat, zum Anhängel der Politik geworden ist, die ein Produkt von Gefühlen und Meinungen ist und daher, abgesehen von einer mehr oder minder labilen Tradition, aller festen, berechenbaren Größen entbehrt. Die Lage, in der wir uns im Augenblick befinden, liefert dafür den besten Beweis.

Lloyd George hat im Parlament gesprochen und hat sein Vertrauensvotum mit einer Stimmenmehrheit von 1:3 geholt; und, obwohl er eigentlich nichts Unerwartetes gesagt, so reduzierte seine Rede die bei Optimisten noch bestehenden Hoffnungen auf das Mindestmaß, das an Hoffnungslosigkeit grenzt. Wenn es vielleicht nicht doch noch anders kommt. Denn wir wissen eigentlich jetzt, einige Tage vor Beginn der Konferenz in Genua, noch nicht, was und wie dort verhandelt werden soll; was Lloyd George über das Programm gesagt hat, ist so unklar und vieldeutig, daß man so wenig weiß wie zuvor. „Behutsam, recht behutsam“ sollen dort die Probleme des europäischen Wiederaufbaues besprochen werden, besonders die Wiedereinfügung Rußlands in die Weltwirtschaft; von der Hauptsache aber darf nicht gesprochen werden; die Reparationsfrage bleibt von den Verhandlungen ausgeschlossen, weil Frankreich, das den Versailler Vertrag als eine Art von Nationalheiligtum betrachtet, es so haben will. Der Sprecher der Labour Party in London hat daher durchaus Recht, wenn er der Genua-Konferenz auf dieser Verhandlungsgrundlage eine sehr schlechte Prognose gestellt hat.

Inzwischen sind die deutschen Teilnehmer an der Konferenz ausgewählt worden; der Reichszentralrat selbst und Dr. Rathenau haben die Führung; Sachverständige aus allen Wirtschaftskreisen bilden den Stab der Kommission.

Die Reparationskommission hat auch wieder etwas von sich hören lassen. Sie hat beschlossen, die Frage einer internationalen Anleihe für Deutschland einer Kommission von Sachverständigen aus allen Ländern unter neutralem Vorsitz zum „Studium“ zuzuweisen; auch Deutschland soll dabei sein.

Der Reichstag hat am Dienstag in dritter Lesung das Mantelgesetz, das die neuen Steuern mit der Zwangsanleihe fest verbindet, angenommen. Die Schwierigkeiten der Mehrheitsbildung haben den Abschluß des notwendigen Werkes verzögert und die einheitliche Linie des Inhalts gestört. Jetzt wird es sich darum handeln, daß die Ausführungsbestimmungen so gestaltet werden, daß die steuerliche Gerechtigkeit und die Zweckerfüllung gleichmäßig zu ihrem Rechte kommen.

Die inländische Preiswelle ist in fortwährendem, beängstigendem Aufstieg begriffen; und infolge der automatischen Annäherung der Inlandpreise an die Weltmarktpreise ist ein Stillstand auch nicht zu erwarten. Daß aber nicht allein die allgemeinen preisbildenden Faktoren, Angebot und Nachfrage, Valutastand und dgl. Ursache der Preisprünge sind, bedarf keines Beweises. Der Mammonismus in jeder Form feiert Orgien. Genuß- und Thesaurierungsmammonismus sind dabei gleich beteiligt.

Auf dem Devisenmarkt war die vor einigen Tagen eingetretene Abschwächung nicht von Dauer. Der Devisenbedarf, der bis Monatsanfang erheblich nachgelassen hatte, vergrößerte sich seitdem

wieder; und zwar kommt als Interessent hauptsächlich die Industrie in Betracht. Der letzte Stand des Dollars war 326 gegen 298 am 1. April. Bemerkenswert ist die Erscheinung, daß die Spekulation, die infolge der Unbeweglichkeit des Effektenmarktes dort keine großen Gewinne einheimen kann, sich mehr und mehr dem Devisenmarkt zuwendet. Es ist zweifellos, daß die gegenwärtige Entwicklung der Valuta von dieser Gewinnsspekulation beeinflusst ist.

An der Effektenbörse herrscht neue Unsicherheit und abwartende Stimmung, begründet durch die unklaren politischen Verhältnisse. Die seit längerer Zeit herrschende Geldknappheit, die als Grund der Börsenflaute genannt wurde, ist im Schwinden begriffen; aber mit Ausnahme einiger Spezialpapiere rührt sich nichts. Die große Menge der Zwergspekulant, die eben durch ihre vielgestaltige Masse und besonders durch ihre Urteilslosigkeit in den Vordezesembermonaten Leben in den Markt gebracht halte, sieht noch immer auf ihren Papieren fest und muß dem Geschäft fern bleiben. Bevor die politische Situation nicht einigermaßen geklärt ist, besonders in Hinblick auf die große Konferenz, wird sich in der jetzigen Lage wenig ändern.

Der Triumph der Heuchelei und Scheinheiligkeit.

Beamtin u. uneheliche Mutter im Reichstag.

Dazu liegt folgender Antrag des Haushaltsausschusses vor: „Für weibliche Beamte und Hilfskräfte kann die Tatsache der unehelichen Mutterschaft als solche nicht als Grund zur Entlassung oder Anstrengung eines Disziplinarverfahrens sein. Auch darf die Beförderung einer Hilfskraft zur Beamtin lediglich aus diesem Anlaß nicht abgelehnt werden.“

Abg. Frau Dransfeld (Ztr.) führt im Zusammenhang mit der Maßregelung einer Beamtin wegen unehelicher Mutterschaft aus, daß die Ehe die sittliche Grundlage des Familienlebens bilde. Die geschlechtliche Gemeinschaft außerhalb der Ehe und die uneheliche Mutterschaft würden den ehelichen und Familiengedanken gefährden. Wir müssen uns deshalb gegen die Entscheidung des Haushaltsausschusses wenden.

Abg. Frau Müller-Ottfried (Dn.): Frä. Abg. Pfülf hat gestern erklärt, sie verlange nicht Mitleid, sondern Gerechtigkeit für die unehelichen Mütter. Etwas Größeres, als für jemand, der sich in Not befindet, Mitleid zu haben, kann ich mir nicht denken. Die Frage, ob eine Mutter für die exponierte Stellung einer Beamtin geeignet ist, müssen wir verneinen. Wollte man die uneheliche Mutter ohne weiteres als Beamtin zulassen, so würde das nur dazu führen, daß die weiblichen Beamten geringer eingeschätzt würden als die Männer. Ich fordere die scharfe Anwendung des § 10 des Reichsbeamtengesetzes und daß eine Milderung den Frauen gegenüber nicht platzgreift.

Abg. Frau Schröder (Soz.): Die beiden letzten Reden lassen den Zweifel aufkommen, ob diese Damen überhaupt in Fühlung mit dem Leben stehen oder ob sie nicht aus Theorien heraus reden, die sie nicht überwinden konnten. (Widerspruch rechts.) Handelt es sich bei den Frauen, deren Vertretung wir übernommen haben, denn um Dirnen, die die Sittlichkeit gefährden? Mit Moral hat diese Frage nichts zu tun. Unter Umständen ist die uneheliche Mutter ein moralisch wertvollerer Mensch als die Frau, die keine Kin-

der hat. Von deutschnationaler und Zentrumsseite konnte man nichts Besseres erwarten. Aber daß die demokratische Fraktion ins gleiche Horn tutet, ist für uns Sozialdemokraten wie ein Schlag ins Gesicht. Von meinen Vorrednerinnen ist auch ein Wort der Bibel zitiert worden. Das will ich auch tun; ich aber erinnere an das Wort Christi bei der Begegnung mit der armen Sünderin: Wer frei von Fehl ist, werfe den ersten Stein auf mich.

Abg. Frau Bäumer (Dem.): Wir wollen eine besondere Verantwortung des Beamten gegenüber der in der Verfassung festgelegten Ordnung des gesellschaftlichen Lebens. Auch wir verlangen, daß nicht die uneheliche Mutterschaft als solche Grund zur Entlassung geben soll. Wir erblicken in der Ehe ein Stück sozialer Kultur und treten dafür ein, daß der Beamte sich dafür mit seiner persönlichen Verantwortung einsetzt.

Abg. Frau Remig (U.): Von einer Rechtfertigung der freien Liebe kann bei unserer Stellung zu der vorliegenden Frage nicht die Rede sein. Wo ist aber die Liebe, wenn die besser situierten Kreise in die Ehe eintreten? (Zustimmung links.) Wird eine Ehe den Minderbemittelten durch die jetzigen Verhältnisse, namentlich die Wohnungsnot, nicht geradezu unmöglich gemacht?

Abg. Frau Schuch (Soz.): Es sei allen Frauen zu wünschen, daß sie das Glück der Mutterschaft genießen. Werden sich die Frauen, denen das Glück der Ehe beschieden ist, nicht bewußt, welche Schamlosigkeit es ist, einen Unterschied in der Beurteilung der Mutterschaft zu machen? (Lebhafte Beifall links.) Die Mutterschaft sei das Heiligste, was es gibt. Deshalb müsse man sie auch achten. Mutterschaft mit all ihren Freuden und ihrem Leid bleibe sich gleich, ob sie ehelich oder unehelich sei. Es sei schamlos, daß man nicht die Mutterschaft als solche achte, sondern nur die gefehlich sanktionierte Zeugung.

Abg. Frau Neuhaus (Z.): Die rein physische Mutterschaft, die sich aus einem leichtsinnigen Lebenswandel ergibt, kann man nicht auf die gleiche Stufe stellen mit der Mutterschaft in der Ehe.

Abg. Marx (Z.): Namens meiner politischen Freunde erhebe ich schärfsten Widerspruch gegen die Art und Weise, wie hier von der Tribüne des Hauses eine durch die Jahrhunderte geheiligte christliche Institution behandelt wird.

Abg. Frä. Pfülf (Soz.): Wir haben die christliche Weltanschauung nicht angegriffen. Im übrigen aber hat das, was die sozialistischen Rednerinnen hier gesagt haben, mehr mit Christentum zu tun als das, was wir von der Rechten des Hauses hören.

Hierauf wird die Entschließung des Haushaltsausschusses, wonach für weibliche Beamte und Hilfskräfte die uneheliche Mutterschaft als solche kein Grund zur Entlassung oder zu einem Disziplinarverfahren sein darf und die Beförderung einer solchen Hilfskraft zur Beamtin nicht lediglich aus diesem Grunde abgelehnt werden darf, mit den 199 Stimmen der bürgerlichen Fraktionen gegen die 156 Stimmen der drei sozialistischen Richtungen abgelehnt. Zwei Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.

Das Ergebnis der Abstimmung wird auf der Linken mit stürmischem „Pfui Teufel!“ aufgenommen.

Ausland.

Die Forderungen Tschitscherins.

London. Der Korrespondent des „Daily Herald“, der mit der bolschewistischen Delegation